

Beschluss

(Projekt) Transparenzgesetz einführen, Informationen zugänglich machen

Gremium: Landesdelegiertenkonferenz
Beschlussdatum: 25.11.2018
Tagesordnungspunkt: TOP 3.3. Weltoffen (Kapitel und Projekte)

Antragstext

- 1 Politik und Verwaltung sollten stets offenlegen welche Grundlagen hinter ihrem Handeln stehen, um
- 2 fundierte politische Debatten zu ermöglichen. Die Vorstellung des "Amtsgeheimnisses" wollen wir durch
- 3 eine Kultur der Transparenz ersetzen, in der Verwaltungsdokumente automatisch, maschinenlesbar und zur
- 4 weiteren Verwendung veröffentlicht werden, wenn nicht wichtige Gründe dagegen stehen. Dafür wollen
- 5 wir die verschiedenen Informationsgesetze (UIG, IFG, Verbraucherinformationsgesetz) zu einem
- 6 Transparenzgesetz weiter entwickeln, das sich an den Regelungen des Hamburger Beispiels orientiert. Alle
- 7 Verwaltungsdaten sowie Verträge, Regierungsdokumente oder Gutachten, die keiner Schutzbedürftigkeit
- 8 unterliegen (z.B. personenbezogen oder als geheim eingestuft) sollen in offenen, maschinenlesbaren
- 9 Formaten proaktiv und zeitnah auf einer zentralen Online-Plattform („Open Data-Portal“) verfügbar
- 10 gemacht werden. Wer sich um öffentliche Aufträge bemüht, der muss auch die Offenlegung von
- 11 Informationen zu dem Auftrag akzeptieren.